

13./X. 1918

Die Parlamentarier beim Kaiser.

Wien, 12. Oktober.

Am Standorte des Armeoberkommandos war heute ein denkwürdiger Tag. Der Kaiser hat die Parteiführer des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses gefragt, wie sie sich die Neugestaltung und den Umbau von Oesterreich vorstellen. Die Antworten, die der Kaiser auf diese Fragen bekommen hat, ergeben ein Spiegelbild der Meinungen im Reichsrate. Der Kaiser hat Meinungen gehört, wie sie im Abgeordnetenhause die Abgeordneten Stanek und Koroschec verkündeten, und die Meinungen der

deutschen Parteien und der Mitglieder des Herrenhauses. Durch die Äußerungen der Parteiführer zieht sich wie ein roter Faden die Parole von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, die zuerst von den Tschechen verkündet und schließlich von allen Nationen Oesterreichs, auch von den Deutschen, aufgegriffen wurde. Die Krone ist bereit, diesem Wunsche der Nationen Rechnung zu tragen. Die Voraussetzung dafür ist die Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit in einer Form, die auch dem Staate als Ganzes die Existenz ermöglicht. Diese Frage hat in den heutigen Audienzen der Parlamentarier des Reichsrates keine Klärung erfahren. Der Standpunkt der Tschechen, daß zuerst ihr nationaler Staat errichtet werden müsse und daß dieser Staat erst dann sich entscheiden soll, in welches Verhältnis er zu den übrigen nationalen Staaten treten wird, macht die Pläne, die in den letzten Tagen an eine eventuelle Verständigung der Nationen über einen Staatenbund geknüpft wurden, illusorisch. Der Gedanke des sogenannten Völkerministeriums ist bereits fallengelassen. Es war nur möglich, wenn alle Nationen damit einverstanden gewesen wären.

Die Ansicht und Meinungen, die heute in den Audienzen beim Kaiser von den Vertretern aller Nationen geäußert worden sind, ergeben folgendes Bild der Situation.

Die Ansicht der deutschen Parteien.

Die deutschen Parteien sind erst durch die Ereignisse der allerletzten Zeit dazu gedrängt worden, das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für sich in Anspruch zu nehmen. Bis dahin wurde von den deutschen Parteien der Standpunkt vertreten, daß während des Krieges Reformen in der Verfassung nicht vorgenommen werden sollen. Die neue Richtung der deutschen Politik strebt eine Verständigung mit den übrigen Nationen zum Zwecke einer nationalen Staatenbildung an. Eine solche Verständigung wird von den slawischen Nationen abgelehnt. Damit ist nach der Ansicht der Deutschen auch die Idee eines Völkerministeriums, das den Übergang des alten Staates zu dem neu zu gründenden nationalen Staatenbund vorzubereiten hätte, als abgetan zu betrachten, da ein solches Völkerministerium nur dann möglich wäre, wenn alle Nationen ihre Vertreter entsenden. Die Tschechen und Südslawen sind jedoch dafür nicht zu haben. Die deutschen Parteien sind daher genötigt, ihr Verhalten nach dem der übrigen Nationen einzurichten. Sie können unter keinen Umständen darauf verzichten, ihre Minoritäten in den Sudetenländern zu erhalten. Der absolute Negationsstandpunkt der Tschechen macht jede Aenderung in der Verfassung im jetzigen Augenblick unmöglich.

Tschechen und Südslawen.

Die Ansicht der tschechischen Parteien ist aus den Reden ihrer Abgeordneten zur Gemüthe bekannt. Die Tschechen haben ihre Politik auf die Friedenskonferenz eingerichtet. Sie erhoffen von der Entente das Maximum ihrer nationalen Forderungen. Aus diesem Grunde haben sie bisher alle Verständigungsversuche abgelehnt. Sie erwarten ihr Heil von Wilson und nicht von Oesterreich. Tschechische Politiker bekennen ganz offen, daß sie alle Vorkehrungen getroffen haben, um ihren czecho-slowakischen Staat auf ein gegebenes Niveau aufzurichten. Dieses Niveau fehlt bisher. Die Deklarationen der tschechischen Parteien sind bisher unverhüllte Absagen an Oesterreich. Die letzte Rede des Obmannes des tschechischen Verbandes ist eine rustikale Unterstreichung dieser Absage. Die Tschechen lehnen es ab, mit den Regierungen über das künftige Schicksal zu verhandeln, sie lehnen es ab, mit den übrigen Nationen eine Verständigung zu suchen. Der Standpunkt der Tschechen, den ihre Wortführer auch in der heutigen Audienz beim Kaiser vertreten haben, ist, daß sie zuerst die Errichtung eines czecho-slowakischen Staates verlangen und daß dieser Staat erst nachher sich darüber zu entscheiden habe, ob und in welche Beziehungen er zu den übrigen nationalen Staaten treten soll.

Der Standpunkt der Südslawen ist ein analoger. Die Südslawen verweisen auf die letzte Deklaration der allslawi-

schen Tagung in Laibach. Es ist derselbe Standpunkt, welcher in den Agitationen des Fürstbischöps J e g l i c zum Ausdruck kommt und der auch von den südslawischen Rednern des Abgeordnetenhauses wiederholt hervorgehoben wurde. Für eine Verständigung sind auch die Südslawen nicht zu haben. Ihre staatsrechtlichen Ansprüche und Begriffe sind bereits darüber hinausgewachsen. Die Tschechen und Südslawen marschieren auf einer Linie.

Der Plan eines Völkerministeriums fallen gelassen.

Die heutigen Audienzen der Parlamentarier beim Kaiser wurden in parlamentarischen Kreisen mit einem Plane in Verbindung gebracht, der in der letzten Zeit aufgetaucht ist, für den auch bei den Parteien Stimmung gemacht wurde und als dessen Urheber Ackerbannminister Graf Silva Tarouca gilt. Nach diesem Plane sollte die Umgestaltung Oesterreichs in einen Staatenbund vorbereitet werden. Die einzelnen Nationen würden sich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes ihre nationalen Staaten selbst konstituieren, während des Uebergangsstadiums sollte ein sogenanntes Völkerministerium die Umgestaltung vorbereiten, in das alle Nationen ihre Vertreter zu entsenden hätten. Hätte dieser Plan bei den Parteien des Abgeordnetenhauses Anklang gefunden, so sollte die Durchführung durch ein kaiserliches Manifest gewährleistet werden. Dieser Entwurfsplan kann nach den heutigen Audienzen der Parteiführer beim Kaiser als erledigt betrachtet werden. Es hätte zur Voraussetzung gehabt, daß die Nationen untereinander zu einer gewissen Verständigung bereit sind und daß alle Nationen in dem Völkerministerium vertreten werden. Die ablehnende Haltung der Tschechen und Südslawen gegenüber jeder Verständigung schließt auch ein Völkerministerium im gegenwärtigen Augenblick aus.

Andere Entwurfspläne.

Die Unmöglichkeit, momentan eine Verständigung mit den Nationen herbeizuführen, macht es notwendig, nach einem anderen Ausweg aus der gegenwärtigen unhaltbaren parlamentarischen Situation zu suchen. Im Vordergrund stehen zwei Entwurfspläne. Der eine wurde heute auch von den deutschen Parteien vertreten. Danach wäre vorläufig von allen Aenderungen der Verfassung abzusehen, da solche Aenderungen nur im Einverständnis mit den Nationen erfolgen können, einzelne Nationen jedoch momentan alle Verhandlungen ablehnen. Es wäre ein Uebergangsstadium zu schaffen, in welchem die Verständigung unter den einzelnen Nationen vorzubereiten wäre.

Nach einem anderen Plane soll abermals der Versuch gemacht werden, im Abgeordnetenhause eine Arbeitsmehrheit herzustellen, zu der diesmal außer den deutschbürgerlichen Parteien und den Polen auch die Sozialdemokraten herangezogen werden sollen.

Das Ergebnis der heutigen Empfänge.

Wie alle heute beim Kaiser erschienenen Parlamentarier behaupten, hatte der Kaiser lediglich den Wunsch, sich persönlich über die Stimmungen und Wünsche der einzelnen Nationen zu informieren. Das deutet darauf hin, daß die Krone ihre weiteren Entschlüsse erst nach der Entgegennahme der Meinungen der einzelnen Parteiführer fassen wird. Als positives Ergebnis kann gelten, daß die Idee eines Völkerministeriums zur Vorbereitung eines Staatenbundes sich als undurchführbar erwiesen hat und daß der Gedanke, vorläufig an den bestehenden Verfassungseinrichtungen nichts zu ändern, sichtbaren Boden gewinnt.

Ministerrat.

Heute nachmittag fand ein mehrstündiger Ministerrat statt, von dem angenommen wird, daß er sich mit der politischen Situation und mit den Empfängen der Parlamentarier beim Kaiser befaßt hat. Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek dürfte im Laufe des morgigen Tages beim Kaiser in Audienz erscheinen.

Die Empfänge der Parteiführer.

Standort des Armeoberkommandos, 12. Oktober.

Eine Stunde Eisenbahnfahrt von Wien, in der Stadt, in der sonst nur die großen militärischen Beratungen gepflogen werden, war heute politischer Cercle. Der Kaiser war im Standort des Armeoberkommandos erschienen und hatte dorthin die Führer der politischen Parteien des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses zu sich gebeten, um in diesen Tagen der Görungen und Klärungen in einer persönlichen Aussprache mit ihnen ihre Meinungen und Wünsche zu hören. Freimütig und ohne jeden Zwang sollte in diesen Audienzen gesprochen werden, und so war auch jede Förmlichkeit vermieden worden, die irgendwie als eine Einschränkung hätte gedeutet werden können.

Am Donnerstag nachmittag, als die ersten Nachrichten von den Berufungen der Parlamentarier zum Monarchen kamen, zählte die Liste der Geladenen, wie sie in der Kanzleibibliothek des Abgeordnetenhauses offiziell bekannt war, einundzwanzig Namen. Die tschechischen Abgeordneten Dr. Fiedler, Dr. Hruban und Tufar wünschten, daß auch der Obmann des Verbandes der tschechischen Parteien, Abgeordneter Stanek, und sein Stellvertreter, Abgeordneter Klossac, Einladungen erhalten. Dem Wunsche wurde sofort entsprochen, und auch diese beiden Abgeordneten wurden von den Absichten des Kaisers in Kenntnis gesetzt, sich durch eine persönliche Aussprache mit den Führern der Parteien zu informieren. Am Freitag wurde dann die Liste noch einmal beträchtlich erweitert. Abgeordneter Klossac, der in seinem Wahlbezirk weilte, konnte keinen Zug mehr erreichen, der ihn noch rechtzeitig nach Wien gebracht hätte, und dem Abgeordneten Habermann konnte die Einladung überhaupt nicht mehr zugestellt werden.

Die Automobile, die die Abgeordneten vom Bahnhofe abholen sollten, waren infolge eines Mißverständnisses ausgeblieben und so begaben sich die Politiker zu Fuß in die Villa, die sonst für Audienzwecke bestimmt ist, und von dort erst in das Kaiserhaus. Die Vertreter der Tschechen, die zuerst dort eintrafen, wurden auch als die ersten empfangen.